

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verbandschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher - Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachgelieferte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Januar 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Gebühren berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., unterhalb 20 Pfg. bis 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., unterhalb 200 Pfg., Übersetzungsgebühr 10 Pfg., Num. Aufträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Mariastraße 38/42.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltliche Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannte vornehme Tafelmusik.
Festsäle u. Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Die nächsten Aufgaben des neuen Kabinetts.

Skandalöse Behandlung des Deutschen Urjin durch die Faschisten in Südtirol.

Dr. Luther über die Kunst als Brücke von Volk zu Volk. — Ein neuer deutsch-russischer Zwischenfall. — Vereinheitlichung der Autoindustrie.

Arbeitsaufnahme des zweiten Kabinetts Luther.

Berlin, 29. Jan. Nach dem Vertrauensvotum des Reichstags für das zweite Luther-Kabinetts haben sämtliche Minister ihre Arbeit planmäßig aufgenommen. Die größere Aufgabe tritt zunächst an den neuen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold heran, der schon in Kürze seine erste Rede als Reichsfinanzminister halten soll. Der überaus bedeutungsvolle Anlaß, aus dem das geschieht, ist die Einbringung des Haushalts für 1926. Auch in den anderen Reichsressorts werden fortgesetzt Erhebungen angefertigt über große und kleine Änderungen des Haushalts, die der allgemeinen Linie des neuen Kabinetts entsprechen. Der neue Reichsfinanzminister soll ein Mann der Ersparnisse sein, aber zugleich doch auch große Mittel für dringliche Aufgaben verfügbar machen.

Eine baldige Aktion wird auch von dem neuen Reichsinnenminister Dr. Kütz erwartet, der das neue Wahlgesetz in kürzester Frist für die parlamentarische Behandlung bereitstellen soll. Die Wahlreform soll bekanntlich die frühere individuelle Wahl der Regierungsvorsteher wiederherstellen. Das Wählerwahlrecht soll damit endlich verschwinden. Reichstanzler Dr. Luther hat sehr deutlich gesagt, daß die Wählerwahl Parimente geschaffen hat, die überhaupt nicht mehr als wirkliche Volksvertretungen angesehen werden können, da ihre Beziehung von der Laune der Parteivorstände abhängig ist. Voraussichtlich wird Reichsinnenminister Dr. Kütz auch mit einer Erhöhung der Wahlschiffen vortreten müssen, um eine Voraussetzung zu schaffen für die dringliche Verminderung der Mitgliederzahl des Reichstags.

Aktuelle Aufgaben ganz großen Stils werden auch vom Reichswirtschaftsministerium durchgeführt. In diesem Ministerium beschäftigt man sich nachdrücklich mit dem Preisabbau. Der neue Minister Dr. Curtius hat darüber hinaus die Dringlichkeit der Förderung der Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen betont und wendet auch der Vorbereitung Deutschlands auf die Weltwirtschaftskonferenz seine Aufmerksamkeit zu. — Der neue Chef des Reichsjustizministeriums, Dr. Marx, hat die Aufgabe der parlamentarischen Behandlung der Strafrechtsreform vor sich. Sein Ministerium beschäftigt sich aber auch mit weniger umfassen Aufgaben, wie beispielsweise mit einer Reform der beständigen Strafverurteilung auf Grund der bisherigen Erfahrungen. Die meisten anderen Ministerien erledigen zunächst laufende Geschäfte und driften in der aller-nächsten Zeit noch nicht mit besonders wichtigen Angelegenheiten vor die Öffentlichkeit treten.

Der Etat des Reichsverkehrsministeriums.

Berlin, 29. Januar. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde der Etat des Reichsverkehrsministeriums für 1926 in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über die Verordnung der Polizeibeamten beim Reichswasserschutz beraten. Ueber den Etat des Reichsverkehrsministeriums berichtete Abg. Dr. Quast (Dn.). Reichsverkehrsminister Krone erklärte, die Reichsregierung sei der Auffassung, daß unter allen Umständen die Aufstellung neuer Beamtenstellen im Etat vermieden werden müßte.

Stresemann spricht über Locarno.

Berlin, 29. Jan. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist für Mittwoch vormittag einberufen worden. In dieser Sitzung wird Reichsaussenminister Dr. Stresemann die von ihm in seiner Donnerstag-Rede angekündigten näheren Mitteilungen über die Rückwirkungen von Locarno machen. Die Sitzung wird, wie immer, vertraulich sein. Man vermutet in parlamentarischen Kreisen, daß bei dieser Gelegenheit auch die Frage des

Eintritt in den Völkerbund

angeschnitten werden wird. Dabei werde zu entscheiden sein, ob die Anmeldung zum Eintritt in den Völkerbund schon jetzt hinausgehen solle, oder ob die deutsche Regierung zunächst noch die Erfüllung der in Locarno aufgestellten Vereinbarung über die Besatzungstruppen abwarten solle.

Die Mitteilung, die Dr. Stresemann in der gestrigen Sitzung des Reichstages verlas, wies darauf hin, daß Paris und London zu einem Entgegenkommen in dieser Frage bereit wären, wenn Deutschland seinen Eintritt in den Völkerbund angemeldet hätte. Diese Mitteilung hat auf einen Teil der bürgerlichen Parteien um so mehr Eindruck gemacht, als man ursprünglich auf Grund einer deutschen Fühlungnahme in Paris gerade von der Besprechung zwischen Briand und Chamberlain wesentlich mehr Entgegenkommen erwartet hatte. Es ist daher möglich, daß die deutsche Regierung zunächst das Ergebnis der Verhandlungen abwartet, die nach den Erklärungen von Briand und Chamberlain zwischen Paris und London noch fortgesetzt werden, und erst dann dem Auswärtigen Ausschuß den Vorschlag der Anmeldung in Genf unterbreitet. Die Regierung dürfte in dieser Angelegenheit einen ziemlich schwachen Stand haben, weil sie von den Sozialdemokraten, von deren Wohlwollen sie ja vorläufig abhängig ist, scharf bedrängt wird, den Eintritt in den Völkerbund unverzüglich anzumelden.

Patrouillenritt nach Westen.

Der Patrouillenritt nach Westen, den nach seinen eigenen Worten der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahrann unternommen hat, um zu erkunden, wie es mit dem geistigen und politischen Umschwung in Frankreich aussieht, hat in unwegsamem, aber und über mit Dornengebüsch behandeltem Gebiet geführt. Vor dem Gelände hat, für den Führer eines außerhalb der Tagespolitik stehenden großen nationalen Verbandes deutlich sichtbar, die Tafel mit der Aufschrift „Verboten“ geklopft; Mahrann aber hat diese Warnungstafel nicht beachtet. Von Dornen gerührt ist er zurückgekehrt. Aufschütteln hat er bei seinen zahlreichen Freunden, Bedenken bei der großen Mehrzahl seiner Anhänger erregt. Die Linke aber frohlockt; fürzt sich begierig auf den fetten Happen, daß gegen den Führer einer kraftvoll ausgeübten Bewegung ein Verfahren wegen Hoch- und Landesverrats eingeleitet ist, und tritt mit Behagen den angeblichen Riß in der nationalen Bewegung breit. Das sind bedauerliche Folgen eines aus mangelnder Zielklarheit erwachsenen Schrittes, und man kann es nur begrüßen, daß die Aufklärungen, die Mahrann selbst in dem Organ des Jungdeutschen Ordens, dem „Jungdeutschen“, und in einer Versammlung der Berliner Ordensbrüdererschaft gegeben hat, soweit nicht in die dunkle Angelegenheit gebracht haben, daß man vom nationalen Standpunkt aus Klarheit über sie gewinnen kann.

Artur Mahrann hat sich unerschöpfbare Verdienste um die nationale Bewegung erworben, als er mit hartem Idealismus und glühender Vaterlandsliebe neben dem anfangs mehr als Vereinigung der Frontkämpfer gedachten „Stahlhelm“ den „Jungdeutschen Orden“ begründete, als einen Bund, der unter Wiederbelebung der alten deutschen Ordensformen, seine Mitglieder zu opferwilligem Dienst am Vaterlande und der Allgemeinheit erziehen wollte. Der sichtbare Erfolg war die Anerkennung dieses erfindlichen Strebens. Trotzdem wird niemand, der Mahrann aus seinen Reden kennt, bei all seiner Verehrung an ihm diejenige Klarheit der politischen Ideen beobachtet haben, die die erste Voraussetzung einer Betätigung in der praktischen Politik ist. Unklar ist vor allem seine Begründung für den Patrouillenritt nach Westen, daß nämlich „eine starke Propaganda versucht habe, die antibolschewistische Einstellung des Ordens in eine bolschewistenfreundliche hinüberzuleiten“. Es gibt nur wenige radikale Heißsporne, die heute noch den Wahnsinn des sog. Rationalbolschewismus propagieren, aber fast die gesamte nationale Bewegung ist sich darüber klar, daß für Deutschland heute die Zeit für die letzte Entscheidung zwischen Ost und West noch nicht gekommen ist, daß, wenn die Russen, wie Mahrann sagt, vor dem Trommelfeuer der westlichen Industrien ausweichen und Deutschland zum Kriegsschauplatz machen würden, Deutschland doch ebensowenig daran gelegen sein kann, zum Aufmarschgebiet der Westmächte gegen Rußland zu werden. Auch die besten politischen Beziehungen zu Rußland können und werden das nationale Deutschland nicht von dem rücksichtslossten Kampf gegen die deutschen Bolschewisten zurückhalten. Vergebens ist der Versuch Mahranns, den Trugschluß einer Gleichsetzung von Bolschewistenfreundlichkeit und einer Politik, die die Beziehungen nach Osten aufrechterhalten will, zur Rechtfertigung seiner hochpolitischen Verhandlungen mit den drei „nationalen“ Franzosen anzuführen, die vielfach als ein Einheitsdenken in die erklärungspolitische Linie der deutschen Demokratie angelegt werden. Unklar ist seine Volksgemeinschaft, seine „Front der Idealkämpfer aller Lager“, ohne Unterschied, ob die Idealkämpfer aus der nationalen Bewegung oder aus dem Reichsbanner kommen. Unklar ist die Idee des „Deroidismus“, der diese Front zusammenhalten soll, unklar ist sein Staatsaufbau auf der Grundlage der „Nachbarschaft“, die die Führer erhalten soll, unklar ist auch, wie er zur häßlichen Freude der „Frankfurter Zeitung“ aus kritischen Stimmen Deutschnationaler folgern kann, daß ihnen das Nationale nur ein Weltgeschäft sei. Das ist zugleich eine erste bedauerliche Entgegnung.

Aber letzten Endes sind es doch nicht die Persönlichkeit und der persönliche politische Standpunkt Mahranns, die die gesamte nationale Bewegung heute mit Sorge erfüllen. Man wird auf jeden Fall Mahrann aussteigen lassen können, daß er aus Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein gehandelt, und daß ihm als oberstes Ziel nach wie vor die Befreiung und Wiederaufrichtung Deutschlands voranschwebt hat. Das ferner die Grundlage weder für ein Landes- noch bei

Erlebnisse im Faschisten-Gefängnis.

Unerhörte Behandlung des Deutschen Urjin in italienischer Haft.

Wien, 29. Jan. Der Wiener Mediziner Karl Urjin, der Sohn des früheren Nationalrates Urjin, der sieben nach seiner Entlassung aus itäliischer Haft nach Wien zurückgekehrt ist, macht über seine Erlebnisse folgende Mitteilungen. Er wurde von der Vernehmung im Bahnhof der Gestapo verhaftet, weil sich bei der Zollrevision in seinem Gepäck eine Schrift über Deutsch-Südtirol, Schul- und Bilderbücher vorfanden, die er zur Verteilung an arme Kinder in Vogen und Meran bestimmt hatte. Er wurde von zwei Soldaten über die belebten Straßen zur Polizeidirektion geführt, wo er in der bestialischen Weise betäubt und sogar geschlagen wurde. Sein Prozeß gegen die Verhaftung und sein Verlangen, daß ihm die Gründe dafür angegeben würden, blieben erfolglos. Auch die Verständigung mit dem österreichischen Konsulat in Mailand wurde ihm untersagt.

In der Haft wurde ihm die Benutzung seiner eigenen Wäschstücke verboten. Er war in einer Gemeinschaftszelle mit vier verurteilten Verbrechern eingeschlossen worden. Eines Abends wurde Urjin in das Adolfsplatzgefängnis geführt, wo er einen deutschsprechenden Herrn antraf, der ihn über die Vorgeschichte seiner Verhaftung und über die Zusammenhänge mit der angeblich irredentistischen Propaganda befragte. Urjin erfuhr erst später, daß dieser vermeintliche Verteidiger der italienische Staatsanwalt in Vogen war. Urjin hat eine Reihe von dem im Laufe des Untersuchungsverfahrens ausgestellten Berichtsurkunden im Besitz, in denen sein Name italienisiert ist. Er erzählt, daß auf einem Friedhof in Südtirol bei der Erneuerung der Kriegsgefallenengräber die deutschen Namen der Gefallenen in italienische verwandelt wurden. Nach der Entlassung, die, wie Urjin betont, hauptsächlich durch das Eintreten der deutschen und österreichischen Presse für ihn beschleunigt wurde, erhielt er

einen Zwangspass und wurde sofort über die Grenze abgeschoben. Sein ganzer Besitz, den er auf die Reise mitgenommen hatte, sein Pass und seine Privatbriefe, blieb konfiszieren.

Bayerische Volkshilfbewegung gegen Italien.

München, 29. Jan. Der Vorstand des Bayerischen Städtebundes hat beschlossen, den Städten zu empfehlen, sich der deutschen Abwehrbewegung gegen die Uebergriffe Italiens im deutschen Alpengebiete anzuschließen. Die Städte sollen für die völlige Einstellung des Reiseverkehrs nach italienischen Gebieten ebenso eintreten wie für die Fernhaltung der Einfuhr italienischer Waren, besonders von italienischen Früchten. (Z. U.)

Römische Studenten gegen die deutsche Volkshilf.

Rom, 29. Jan. (Agenzia Stefani.) Studenten veranstalteten eine Kundgebung vor der deutschen Volkshilf. Die Behörden haben Maßnahmen ergriffen, um neue Kundgebungen zu verhindern. (Z. U.)

Das offizielle Italien bedauert.

Rom, 29. Jan. Zwei Herren des Außenministeriums erschienen heute auf der deutschen Volkshilf und drückten ihr Bedauern über die deutschfeindlichen Kundgebungen in Rom aus. (Z. U.)

Beginn des Frühjahrseinsatzes in Marokko am 15. April.

Paris, 29. Jan. „Petit Journal“ meldet aus Rabat, daß französische Oberkommando trifft alle Maßnahmen für den Frühjahrseinsatz, der am 15. April beginnen soll. Die Aufstellung der Eingeborenenabteilungen hat begonnen.